

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution findet in den neuen Ländern ein Generationenwechsel statt, der von einem neuerlichen Umbruch begleitet wird, einem Wechsel im geistigen Tragwerk der CDU: Das „C“ wird mehr und mehr zu einer Leerformel.

Jene, welche die friedliche Revolution gestalteten, wurden von zwei wesentlichen Beweggründen getragen: der Demokratisierung Ostdeutschlands nach 56 Jahren Diktatur und der Gestaltung einer erneuerten Gesellschaft eben auch nach christlichem Grundverständnis. Recht viele der Revolutionäre kamen aus den Kirchen, in denen die Opposition zur DDR-Zeit ihren wichtigsten Schutzraum gefunden hatte. Heute hat es aber den Anschein, als handele ein Großteil der jungen Politikergeneration Ostdeutschlands nicht mehr aus einem speziell christlichen Impuls, auch nicht in der CDU. Eine ähnliche Entwicklung ist in der alten Bundesrepublik zu beobachten.

Manche Ursachen dafür sind unumstritten. Im Zeichen der Moderne wurde das Religiöse dem Politischen vielfach nachgeordnet und weitgehend in die Sphäre bloßer Rahmenorientierungen, auf das Gebiet des Sozialen abgedrängt. In den neuen Ländern geht das „C“ der Union am Lebensgefühl des Großteils ihrer Wähler und Mitglieder vorbei: Hier handelt die CDU in einer weitgehend entchristlichten Gesellschaft, kirchlich gebundene Wähler repräsentieren kaum ein Viertel der Bevölkerung.

Das prägt nicht nur Programmatik und Selbstdarstellung der CDU. Die wenigsten Mitglieder entstammen dem Sozialraum der Kirchen. Daher verstehen auch CDU-Mitglieder politische wichtige christliche Begriffe und Haltungen nicht mehr aus ihrem ursprünglichen und über die Sphäre des Gesellschaftlichen hinaus sinnverleihenden Zusammenhang, sondern vor allem aus ihrer säkularen Übersetzung. Je weniger CDU-Mitglieder selbst Christen sind und diesen Zustand auch nicht als geistigen Mangel empfinden, desto mehr verliert sich das der Substanz nach Christliche in der CDU.

Will die CDU ihre Bindung an das „C“ ernst nehmen, dann ist eine Begründung von Werten auf der Basis des christlichen Glaubens ebenso unabdingbar wie der Nachweis, dass diese Basis für gegenwärtiges politisches Handeln nicht unmaßgeblich ist. Politisch wichtig sind dabei vor allem folgende Dimensionen: Gott hat eine an sich gute Welt geschaffen. Hieraus ergibt sich die Frage, warum Böses oder Schlechtes existiert und was angesichts dessen zu tun ist. Gott will die Existenz des Menschen – sowohl kollektiv als auch jedes Einzelnen. Hieraus ergeben sich Kriterien für den richtigen Umgang sowohl mit Personen als auch mit Gruppen und Gesellschaften. Das Böse kommt in die Welt durch menschliches Handeln, das falschen Zielen folgt oder falsche Mittel anwendet. Hieraus ergeben sich die Grundstrukturen der Ordnung des Politischen.

Um auf der Grundlage menschlicher Freiheit individuelles Leben und die Schöpfung gelingen zu lassen, hat Gott Regeln geoffenbart, deren Befolgung ein gutes Leben von Einzelnen und Gesellschaften ermöglicht: vom Ruf an Abraham, sich auf einen neuen Weg zu machen, über die Zehn Gebote und die Propheten bis hin zu Jesus und seiner Botschaft. Hieraus ergeben sich Fragen nach der richtigen Ausgestaltung des Verhältnisses von Religion und Politik. Jeder Einzelne wird eines Tages vor Gott Rechenschaft darüber abzulegen haben, was er an Bösem getan und an Gutem unterlassen hat und wie er in Ausübung seiner Freiheit in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik tätig war. Hieraus ergeben sich die Chancen und Risiken des eigenen Lebens.

Die in der Schöpfung wirkenden Zusammenhänge dürfen einestells vom Menschen gemäß ihrer Eigenlogik gehandhabt werden. Andererseits müssen sie in den Dienst eines guten Lebens sowohl des Einzelnen als auch der Gesellschaften und der Völker gestellt werden. Dabei entstehen immer wieder Konflikte zwischen effektivem Handeln in einer auch vom Bösen gekennzeichneten Welt und der Verpflichtung, nicht nach der Funktionslogik des Bösen zu handeln, sondern auf deren Überwindung hinzuwirken. Sich in diesem Spannungsfeld zu bewähren ist Aufgabe jedes Christen.

Nicht alle dieser Dimensionen werden auch Nichtchristen einleuchten. Fast alle sind aber Anders- und Nichtglaubenden verständlich und einsehbar zu machen. Für Atheisten wird sich ein Großteil jener Aussagen vom Evolutionsdenken her in überzeugender Weise erschließen lassen. Andersglaubende werden sich zwar an der jüdisch-christlichen „Engführung“ sowie an den speziell christlich-europäischen Politikformen reiben. Doch dürften sie den Kerngehalt der fünf genannten Glaubensdimensionen nicht bestreiten, sondern nur anders begründen. So betrachtet, spricht nichts dagegen, zunächst einmal vom christlichen Glauben her zu entwickeln, was die transzendente Spannkraft der Politik der CDU ausmachen kann.

Lebensspanne erschöpft zu sehen setzt Kraft im Dienst für andere frei.

So verhilft der Glaube auch dazu, sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen: Als Christ ist man Teil eines größeren Ganzen, das Erfolg ebenso einschließt wie Scheitern. Allerdings denkt christliche Besonnenheit gerade nicht vom Risiko des Scheiterns her. Die Chance des Daseins besteht darin, die den Menschen überantwortete Wirklichkeit voller Zuversicht gestalten zu können. Gerade in Zeiten der Unklarheit kann sich ein Christ nicht einfach auf das Aushalten und Abwarten beschränken. Er darf sich auch politisch etwas zutrauen.

Freilich sind Menschen fähig, das Falsche selbst dann zu tun, wenn sie das Rich-

tige anzusehen. Beim Blick auf sie und ihr eigenes Tun und Lassen in ihr erkennen sie Gott als Grund der Welt und als Richter.

Das von Gott geschenkte Leben, und besonders das des Menschen, ist gut und schützenswert. Nicht von seinesgleichen gemacht, darf der Mensch nie als bloßes Mittel zum Zweck verstanden oder behandelt werden. Das gilt auch für ungeborenes Leben. Deshalb gehört zum Christen ein waches Misstrauen gegenüber allen Utopien und praktischen Bestrebungen, menschliches „Biomaterial“ für die Wissenschaften verfügbar zu machen. Skepsis ist auch angebracht gegenüber jeder Form gesellschaftlichen Drucks, für einige Probleme – von der ungewollten

Diese Scheu birgt allerdings die Gefahr, dass jemand anderes diese Macht ergreift – und nicht selten jemand, dem man einen verantwortungsvollen Umgang mit Macht gerade nicht zutrauen mag. Also sollten viele Christen selbst nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten streben, und zwar vor allem dann, wenn Macht in fairer Weise und mit demokratischen Mitteln errungen werden kann. Sie sollten das umso bereitwilliger tun, als sie wissen, dass sie von Gott dereinst nicht nur für die Anwendung von Macht, sondern auch für deren Nichtanwendung zur Rechenschaft gezogen werden. Stellen sich Christen durch ihr politisches Engagement solcher Verantwortung vor Gott, dann legen sie Zeugnis ab von der Stärke

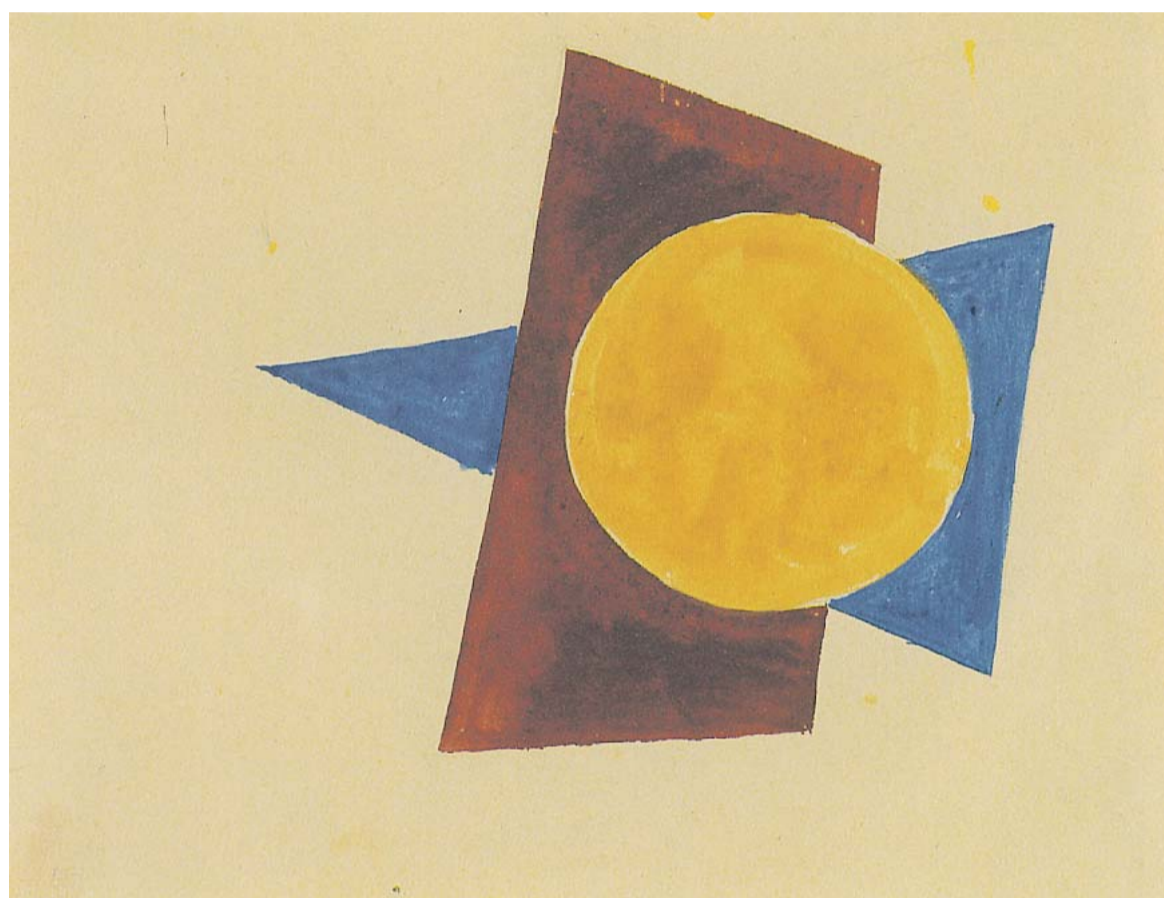
tische Ausprägung des Christentums erlegt in solchen Entscheidungen dem Einzelnen große Verantwortung auf. In der katholischen Ausprägung ist die Auslegung der christlichen Botschaft obendrein eine Aufgabe des Lehramtes der Kirche. Zwar betont das Zweite Vatikanische Konzil ausdrücklich die Autonomie des Gewissens; dieses muss aber ernsthaft geprüft und an den Argumenten des Lehramtes geschärft werden. Letzteres gilt insbesondere für Christen, die politische Ämter bekleiden. Auf der Suche nach Mehrheiten und Kompromissen dürfen sie diesen Kompass nicht aus dem Blick verlieren.

Im Übrigen ist die CDU keine Partei von oder für Christen, sondern eine Partei auch von und für Christen. Deshalb verdienen christliche Positionen in ihr den Vorrang nicht, insofern sie christlich sind, sondern dann, wenn sie einleuchtender sind als andere. Die Ausführungen über das christliche Menschenbild und über dessen politische Folgen zeigten nun aber, dass speziell christliche Positionen mit solchen, die sich auch ganz allgemein als ethisch vertretbar sowie als vernünftig ausweisen lassen, grundsätzlich vereinbar sind. Deshalb kann die CDU selbst für jene Diskurse offen sein, die den Horizont christlichen Denkens verlassen, ohne in Sorge zu geraten, die Leuchtkraft des speziell Christlichen damit einzubüßen.

Christliche Werte und Politik

Von Dr. Joachim Klose und Professor Dr. Werner J. Patzelt

Will die CDU das „C“ im Namen der Partei weiterhin ernst nehmen, dann muss sie zeigen können, wie politisches Handeln auf der Grundlage des christlichen Glaubens auch heutzutage begründbar und möglich ist, selbst wenn die moderne Gesellschaft vom Christentum kaum noch geprägt wird.



Aus den genannten Glaubensdimensionen lassen sich Züge des christlichen Menschenbildes ableiten, die politisch höchst folgenreich sind: Aus der göttlichen Offenbarung, der Tradition und ihren religiösen Erfahrungen haben die Menschen eine Anleitung erhalten, wie ihr persönliches Leben und die politische Gestaltung von Natur und Kultur, von Wirtschaft und Gesellschaft im Großen und Ganzen gelingen können. Das Vertrauen, dass die Schöpfung gewollt und gut ist, ermöglicht es glaubenden Menschen, die Welt mit großer Gelassenheit zu gestalten. Das Böse ist gerade nicht von Gott gewollt. Es ist vielmehr von seinem Erlösungsangebot umfassen und im Guten sowie in der Freiheit der Schöpfung „aufgehoben“. Christen verfügen also nicht nur über besondere Kraftquellen, sondern haben auch eine besondere Verantwortung und einen besonderen Auftrag.

Des Weiteren übersteigt die zeitliche Perspektive, in der ein Christ denken darf, die für Nichtgläubige bedeutungsvollen Zeiträume. Wer das Leben auf die Zeitspanne des irdischen Lebens beschränkt, ist sehr dazu geneigt, aus dieser ein Maximum für sich selbst herauszuholen – und sei es zu Lasten nachkommender Generationen. Ganz andere Folgen zeitigt eine Haltung, die das eigene Leben in einer es auch zeitlich weit übergreifenden Perspektive wahrnimmt. Für Christen liegt der Sinn ihres Lebens nicht in einer besonders langen oder dicht gefüllten Zeitspanne, und Ziel und Ende des Lebens ist auch nicht der Tod. Das eigene Leben nicht in der kurzen irdischen

tige erkannt haben. Im Bereich des Justiziablen hilft beim Umgang mit dem Falschen und Bösen der Rechtsstaat. Wo es ihn aber nicht gibt, wo er schlecht funktioniert oder wo ihn zu umgehen als „praktisch klug“ gilt, dort entlastet er angesichts des Schlechten und Bösen gerade nicht. Gesellschaft und Politik müssen dann außerhalb des Rechtsstaates mit der Tatsache und mit den Folgen bewusst falschen Handelns zurechtkommen. Christen hilft hier das Denken in Begriffen von Gewissen und Reue, von Buße und Vergeltung, desgleichen das Hoffen auf göttliche Gerechtigkeit.

Wo solche Vorstellungen aber nicht Bestandteil des allgemeinen Bewusstseins sind, wird es schwer, mit einem unzulänglichen Rechtssystem auszukommen und sich in einem Staatswesen zu engagieren, das mit dem Falschen und Bösen nicht fertig wird. Sollen diese seelischen und sozialen Wirkungszusammenhänge auch künftig unsere Gesellschaft von innen her zusammenhalten, müssen sie wieder verständlich und – über Vorbilder – handlungsleitend werden. Das ist eine wichtige Aufgabe in einem Land, in dem das Unrecht zweier Diktaturen zum großen Teil ungestraft und ungesühnt blieb.

Alles menschliche Handeln steht im Horizont der Verantwortung für Gottes Schöpfung. Das „Macht euch die Erde untertan“ verpflichtet zu einem respektvollen und schützenden Umgang mit unserer Welt. Aus diesem Zusammenhang gerissen, verleitet menschliche Gestaltungsmacht leicht zu Zerstörung und Ausbeutung. Christen jedenfalls streben danach, die Wirklichkeit als Gottes Schöp-

Schwangerschaft über die großen Bedürfnisse Kranker und Sterbender bis hin zu der Überbevölkerung mancher Landstriche – Lösungen auf Kosten der betroffenen Personen zu finden.

Christen, die aus solchen Einsichten schöpfen, können sich mit besonderer Zuversicht daranzumachen, Natur und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten. Sie besitzen zwar nicht schon die richtigen Konzepte in den Details, aber ihr Kompass stimmt. Nordrichtung ist das „Reich Gottes“, das „nahe ist“, also mitten in dieser Welt überall dort beginnt, wo ein gelingendes Leben gelebt und für andere eine Politik gemacht wird, die auch ihnen ein gelingendes Leben ermöglicht.

Dabei kennen Christen die stete Neigung, Falsches zu tun. Das gilt auch für die Ausübung von Macht. Doch Christen wissen sich auch als Mächtige gut geleitet. Es gibt für sie keinen Grund, die Ausübung von Macht zunächst vom Machtmissbrauch her zu bedenken. Für sie ist es viel angemessener, den Umgang mit politischer Macht im Licht der Chancen zu sehen, die er eröffnet. Und da alle Macht, wie Jesus einst zu Pilatus sagte, von Gott gegeben ist, trennen Christen Macht nicht von der Verantwortung vor Gott und vor den Bürgern.

Allerdings scheuen viele Christen Macht und Verantwortung besonders dann, wenn es um den Einsatz der härtesten Formen politischer Macht geht, der polizeilichen und militärischen Gewalt.

ihrer Hoffnung auf ein „gelingendes Leben“.

Bei alledem überfordern Christen weder sich noch die Gesellschaft: Der Einsicht in die Fehlbarkeit aller Menschen entspricht in der Politik eine Haltung der Nachsicht und Barmherzigkeit gegenüber Personen, die Schuld auf sich geladen haben. Gerade für Christen gilt die Maxime, dass man den Irrenden lieben, den Irrtum aber hassen soll: In dieser Haltung wenden sich Christen gegen pauschale Verurteilungen und bemühen sich zu prüfen, wieweit der Einzelne unter oft schwierigen Umständen seinem Auftrag gerecht geworden ist, das Gute in der Welt zu mehren. Auch zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution empfiehlt sich diese Haltung, um die jüngere Vergangenheit differenziert zu betrachten.

Mit Zufriedenheit und Stolz dürfen Christen auch darauf verweisen, dass unser Staatswesen nach wie vor von christlichen Grundwerten geprägt ist, und dies nicht nur zu seinem Vorteil, sondern auch mit der Konsequenz, dass die Mehrheit der Bürger nicht dafür ist, diese Prägung abzustreifen. Entlang solcher Argumente kann man unschwer die Identifikation von Christen mit unserem – ganz wesentlich vom Christentum geprägten – Staatswesen zum Ausdruck bringen.

Christen können in allen Parteien tätig sein, welche die Würde des Menschen achten und auf Dauer für eine auf Gott hin offene Gesellschaftsordnung eintreten. Die Frage ist allein, welche parteipolitischen Positionen und Kompromisse ein Christ eingehen kann. Die protestan-

In der CDU gilt es obendrein wiederzuentdecken, dass die christliche Botschaft eine durch und durch gesellschaftskritische ist. Alternativen zur etablierten Praxis aufzuweisen ist von der Bergpredigt bis zur „Option für die Armen“ ein Kernelement der christlichen Botschaft. Die katholische Soziallehre bildet dabei das Scharnier zwischen den radikalen Forderungen der christlichen Lehre und jenem politischen Handeln, das Nüchternheit und Augenmaß verlangt.

Aus alledem folgen attraktive Nutzungen für die CDU und ihre drei „Flügel“. Die programmatische, rhetorische und politische Herausforderung besteht vor allem darin, die unverkennbaren Spannungen zwischen den Verabsolutierungsmöglichkeiten der drei nachstehenden Positionen im Gleichgewicht zu halten.

Der sozialreformerische Flügel kann unmittelbar an den gesellschaftskritischen und konkret-utopischen Kern des Christentums anschließen, nämlich über die katholische Soziallehre und die protestantische Sozialethik. Von ihnen aus kann soziale Gerechtigkeit zu einem zentralen Leitwert der CDU ausgestaltet werden.

Der liberale Flügel kann seine Positionen vom Personalitätsprinzip des Christentums aus entwickeln: Jeder ist Gottes Geschöpf und von ihm „bei seinem Namen gerufen“ – und jeder ist vor Gott für sein Handeln verantwortlich. Das verlangt nach einem Aufbau der Gesellschaft, der um die Freiheitsrechte des Individuums gelagert ist – und zugleich nach solchem Handeln des Einzelnen, das sich vor Gott rechtfertigen lässt. Gerade solches Handeln ist auch die Basis nachhaltiger Subsidiarität.

Der konservative Flügel kann darauf verweisen, dass die europäische Kultur tiefgreifend und sehr zu ihrem Vorteil vom Christentum geprägt ist. Auch das deutsche Staatswesen verdankt dem Christentum wichtige Fundamente und Ziele. Das gilt es zu bewahren – als weiterzugebendes Feuer, nicht im traditionalistischen „Kult der Asche“. Obendrein ist leicht zu erkennen, dass sich bewährte Formen viel besser als aufs Geratewohl unternommene Experimente eignen, solche Dinge weiterzugeben, die einem als wertvolles Gut zur Weitergabe an die nächste Generation anvertraut sind. Nur wer in diesem Sinne die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft konstruktiv gestalten.



Dr. Joachim Klose war Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen und ist im Freistaat Sachsen in der politischen Bildung tätig. Professor Dr. Werner J. Patzelt lehrt Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Nadeschda Udalowa, Ohne Titel, um 1918–1920, Aquarell auf Papier, 18,6 × 24 cm © State Museum of Contemporary Art – Costakis Collection, Thessaloniki

Optimieren Sie Ihr Depot.

Risiko senken, Rendite erhöhen.

Bewerten Sie Ihr gesamtes Depot hinsichtlich der Risiko- und Renditeerwartung. Prüfen Sie die Effekte möglicher Erweiterungen um einzelne Wertpapiere, oder lassen Sie sich die optimale Zusammensetzung Ihres Depots berechnen. Testen Sie jetzt die Portfolio-Optimierung auf FAZfinance.NET: www.fazfinance.net/optimizer



Frankfurter Allgemeine
FAZFINANCE.NET